



Schweiz

Besser als Social Media

Sind Landsgemeinden ein veraltetes Ritual, Ausdruck überholter Folklore? Im Gegenteil: Die Versammlung von Stimmbürgern stellt die direkteste Form der Demokratie dar, fördert die Zivilcourage und ist ein Gegenkonzept zur Welt der «Shitstorms» und «Fake News». *Von Wolf Linder*

Zugegeben, ich war während langer Jahre kein grosser Freund der Landsgemeinde und teilte die Skepsis vieler: In der öffentlichen Versammlung gibt es kein Stimmgeheimnis. Jeder sieht, wie der Sohn, der Nachbar oder der Angestellte abstimmen und wen sie wählen. Ein wortgewaltiger Landammann vermag die Versammlung über Gebühr zu beeinflussen. Das Handmehr ist bei knappem Abstimmungsausgang kaum zu ermitteln... Und dann erinnert man sich noch an die verstockten Innerrhödler, die ihren Frauen das Stimmrecht mehrmals verweigert hatten. Es brauchte einige beherzte Appenzellerinnen, welche die Sache vor Bundesgericht brachten und 1990 jene politischen Rechte erzwangen, die für die übrigen Schweizerinnen längst galten. Seinerzeit hätte ich wohl mit jenen Nid- und Obwaldnerinnen und Ausserrhödlern gestimmt, die ihre Landsgemeinde in den neunziger Jahren abschafften. Heute sind Glarus und Appenzell Innerrhoden die einzigen Kantone, in denen die Vollversammlung der Stimmbürger noch jährlich über wichtige Sachgeschäfte, die Finanzen und die Wahl ihrer Behörden entscheidet – die letzten also, die mit der Landsgemeinde Folklore feiern und an einem alten Zopf festhalten, der nicht mehr so recht in unsere Zeit passen will?

Faszinierendes Bild

Erste Zweifel an dieser Meinung überkamen mich vor gut zehn Jahren in einem Gespräch mit Marianne Kleiner, die erst Ausserrhoder Regierungs-, dann Nationalrätin war: Sie setzte sich mit beachtenswerten Gründen, aber erfolglos für die Wiedereinführung der Landsgemeinde in Trogen und Hundwil ein. 2006 kam der Paukenschlag aus Glarus: Ein Antrag junger Linker verlangte die Fusion der 25 Orts- zu drei Einheitsgemeinden – und die Landsgemeinde stimmte zu. Dann, ein Jahr später, führte die Glarner Versammlung als erster Kanton das Stimmrechtsalter sechzehn ein. Das war nun definitiv mehr als Folklore. Zwei Forschungsarbeiten am politikwissenschaftlichen Institut, das ich einst geleitet hatte, haben mich dann dazu gebracht, meine Ansichten vollends zu revidieren.

Eine erste, die Dissertation von Hans-Peter Schaub,* vergleicht die Demokratiequalität von Landsgemeinde- und Urnen-Entscheiden



Sachliche Begründungen: Landsgemeinde in Glarus.

in sechs Kantonen; die zweite Studie** befragt tausend Glarner Stimmberechtigte nach ihrer Teilnahme an der Landsgemeinde und will wissen, wieweit die Debatten der Versammlung selbst zur Meinungsbildung beitragen. Überdies wurde gefragt, wie gross der Rückhalt der Versammlungsdemokratie in der Glarner Bevölkerung ist.

Beide Untersuchungen zeichnen ein faszinierendes und neues Bild dieser Einrichtung. Das Urnensystem, in dem Initiative und Referendum gegen Parlamentsbeschlüsse die Versamm-

Die hohe Demokratiequalität der Verhandlungen der Landsgemeinden überrascht.

lung der Bürger und Bürgerinnen ersetzen, ergibt für die Unabhängigkeit der Judikative und die Handlungsfähigkeit der Regierung einen Vorteil. Die «Radikaldemokratie» der Landsgemeinde dagegen erweitert die Möglichkeiten der Volkswahl und lässt Bürgerinnen und Bürger über eine grössere Zahl von Sachgeschäften effektiv entscheiden. Auch schafft sie grössere Klarheit der Regierungsverantwortung. Völlig

überraschend ist aber die hohe Demokratiequalität der Verhandlungen, welche beide Studien in den Landsgemeinden vorfinden.

Zwar nimmt im Schnitt nur etwa ein Viertel der Stimmbürgerschaft an der Versammlung teil. Die Glarner sind aber stolz auf ihre Landsgemeinde und halten deren Entscheide für besonders glaubwürdig. Mit Grund, denn dort findet eine echte und lebendige Auseinandersetzung mit den wichtigen Geschäften des Kantons statt. Ein guter Teil der Abstimmenden etwa bildeten sich ihre Meinung zu zwei näher untersuchten Vorlagen erst an der Landsgemeinde. Vor Ort, im Ring, wurden neue Argumente vorgebracht, welche die Meinungsbildung tatsächlich beeinflussten. Befragte halten Anträge von Direktbetroffenen und Bürgerinnen ohne politisches Amt für besonders glaubwürdig und lassen sich bei sachlich guter Begründung überzeugen. Einen ähnlichen Befund zeigt eine ältere Fallstudie zur Behandlung der Ortsplanung in sechzig Gemeinden des Kantons Zürich: Wirklich neue Vorschläge wurden eher aus der Mitte der abschliessenden Gemeindeversammlung vorgebracht als im vorangehenden Verfahren, an denen organisierte Interessengruppen mitwirkten.

Solche Vorzüge der Versammlungsdemokratie dürften auch mit ein Grund sein, wieso einige Deutschschweizer Gemeinden die in den siebziger Jahren eingeführten Parlamente wieder aufgelöst haben und zur Gemeindeversammlung zurückgekehrt sind. Zwar dürfte die Urrendemokratie in grösseren Städten aus praktischen Gründen die einzige Lösung bleiben. Gemeinden, die mit der Versammlungsdemokratie gut fahren, haben indessen keine Veranlassung, auf die «Modernisierung» durch ein Parlament zu setzen. Im Übrigen sollten wir uns davor hüten, Urnen- und Versammlungsdemokratie gegeneinander auszuspielen. Beide hätten, so Politologe Schaub, ihre spezifischen Vorzüge und Nachteile und seien in vielen Punkten gleichwertig, was die Qualität des Gesamtsystems lokaler Demokratie angeht. Das Problem fehlender geheimer Stimmabgabe besteht zwar bis heute, sollte aber im Zeitalter der Smartphones grundsätzlich lösbar sein.

Anträge der Mutigen

Was aber sind die Gründe für die hohe politische Diskussionsqualität der Versammlungsdemokratie, die wir nicht nur für die Landsgemeinde, sondern für Hunderte von Gemeindeversammlungen landauf, landab, aber nicht überall vermuten dürfen? Erstens braucht es persönliche Courage, in einer Versammlung aufzustehen und Vorschläge zu unterbreiten, von denen man nur eines weiss: Sie sind nicht allen genehm. Solche Courage ist nicht selbstverständlich; ich habe Versammlungen erlebt, in denen sie auch mir fehlte und ich mich im Nachhinein darüber ärgerte. Aber diese Zivilcourage findet sich meist und vielerorts, und darum werden Anträge der «Mutigen» vermutlich ähnlich geschätzt wie im Glarner Ring.

Zweitens ist Meinungsäusserung an einer öffentlichen Versammlung nicht nur ein Recht, sondern auch eine Verpflichtung gegenüber sich selbst: Man muss buchstäblich stehen zu dem, was man sagt. Das ist der grosse Unterschied zur Anonymität jener Social Media, in denen Shitstorms, «Fake News» und die Mobilisierung einer virtuellen «Gemeinde» von Gleichgesinnten regieren, weil keiner und keine zu dem steht, was durch sie in die Welt gesetzt wird. Drittens sind Anträge in der Versammlung auf eine sachliche Begründung angewiesen. Sie führen auf jene öffentliche Diskussion des Für und Wider, die unverzichtbar ist für demokratische Entscheidungen, in denen es keine Gewissheit des Guten und Richtigen gibt.

Wolf Linder ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften der Universität Bern. Von 1974 bis 1982 sass er für die SP im Thurgauer Parlament.

* Hans-Peter Schaub: Landsgemeinde oder Urne – was ist demokratischer? Urnen- und Versammlungsdemokratie in der Schweiz. Nomos, Baden-Baden 2016

** Marlène Gerber, Hans-Peter Schaub, Sean Müller: Umfrage zur Landsgemeinde des Kantons Glarus: Forschungsbericht. Institut für Politikwissenschaft, Bern 2016

Karrieren

Protz und Pomp

Rudolf Dieterle, der ehemalige Direktor des Bundesamts für Strassen, lobbyiert für Basels überdimensionierte Verkehrsprojekte. Die Rolle passt zu ihm. Von Alex Reichmuth

Rudolf Dieterle ist wieder wer. Der Kanton Basel-Stadt hat den pensionierten Direktor des Bundesamts für Strassen (Astra) als Lobbyisten engagiert. Jetzt gilt er dort als Hoffnungsträger. Dieterle soll der Stadt am Rhein dank seinen Kontakten in Bern gleich mehrere Mega-Verkehrsbauten sichern.

Zuvor hatte Dieterles Ruf gelitten. Als früherer Chef des Berner Tiefbauamts war er für den Baupfusch im Mitholtztunnel im Kandertal verantwortlich. Der Tunnel musste notfallmässig für Dutzende Millionen Franken saniert werden. Als Astra-Chef fiel er durch Vetternwirtschaft, willkürliche Vergaben und Geldverschwendung auf. Das Bundesamt geriet ins Visier der Finanzkontrolle, die 2013 in einem Bericht ein vernichtendes Bild von Dieterles Kompetenzen zeichnete. «Die Kosten stehen oft in keinem Verhältnis zum Nutzen», hiess es etwa zur Art, wie er IT-Projekte umsetzte.

Protz und Pomp waren aber schon immer das Markenzeichen von Dieterle. Als Berner Tiefbauchef organisierte er einst ein rauschendes Betriebsfest, das den Kanton 200 000 Franken kostete. Trotz Kritik veranstaltete er vor seinem Wechsel zum Bund für seine Mitarbeiter nochmals eine teure Feier aus Bonusgeldern. Als er Anfang 2015 vorzeitig in Pension ging, liess Dieterle an seinem Abschiedsfest in einem Innenhof Heizpilze aufstellen, obwohl diese im Kanton Bern im Freien verboten sind. Die *Schweizer Illustrierte* verlieh ihm dafür ihren Schmähepreis, den «Kaktus»: «Inzwischen haben Sie ja einige Erfahrung mit Skandalen!» Zum Reputationsschaden hinzu kam, dass Dieterle mit seinen Ambitionen auf eine Politkarriere krachend scheiterte. Im Februar 2015 ging er als CVP-Kandidat für das Parlament seines Wohnkantons Baselland sang- und klanglos unter.

Honig um den Mund

Da kam der Ruf des Basler Bau- und Verkehrsdirektors Hans-Peter Wessels (SP) just zur richtigen Zeit. Die Stadt muss dringend die Autobahn A2 ausbauen, die auf ihrem Gebiet chronisch überlastet ist. Zwar könnte man die Strasse zu mässigen Kosten um zwei Spuren verbreitern. Doch dafür ist sich Basel zu schade. Die Stadt will eine Luxuslösung in Form eines fast vier Kilometer langen Tunnels unter dem Rhein hindurch – bezahlt vom Bund. Der

Bund hat aber signalisiert, dass er die Kosten für zu hoch hält. Also musste Dieterle ran. «Ich weiss, was Basel-Stadt will und was der Bund braucht», verkündete dieser mit geschweller Brust – und strich den Baslern Honig um den Mund. Er sei zuversichtlich, dass Bern mehr an den Tunnel zahle als angekündigt, so Dieterle: «Der Betrag wird vom Bund noch aktualisiert.» Im letzten Oktober kam der Dämpfer: Der Bund teilte mit, dass der Autobahntunnel, wenn überhaupt, frühestens 2027 gebaut werde.

Dieterle dürfte das wenig gekümmert haben. Kurz zuvor war er nämlich befördert worden, zum Koordinator eines weiteren Protz- und Pomp-Projekts. In Basel träumt man seit langem von einer S-Bahn-Verbindung unter der Innenstadt, dem sogenannten Herzstück. Aber auch hier sieht die Stadt ihre Felle davon-

schwimmen. Denn man hat bei der Planung die SBB nicht einbezogen. Diese haben am Tunnel nur Interesse, wenn der auch Fernzügen offensteht. Basel hat die Rampen aber so steil geplant, dass das nicht geht. Im letzten April antwortete SBB-Chef Andreas Meyer auf die Frage, ob es das Herzstück wohl in den Ausbausritt 2030 des Bundes schaffe, kurz und klar: «Nein.»

Kaum zum Koordinator des Projekts ernannt, wartete Dieterle aber mit grossen Worten auf:

«Der Zug ist noch nicht abgefahren.» Kurz darauf wurde zwar bekannt, dass der Bund dem Projekt gerade mal dritte Priorität einräumt, dessen Realisation also höchst unwahrscheinlich ist. Dieterle beeindruckte das wenig: «Noch ist gar nichts verloren», meinte er trotzig. Im Dezember machte die *Basler Zeitung* publik, dass der Tunnel derart falsch konzipiert worden ist, dass die Planung quasi von vorne beginnen muss. Gegenüber der Zeitung verweigerte Rudolf Dieterle jede Auskunft darüber, wie es zum Flop kommen konnte. Er sei erst seit kurzem Projektkoordinator, redete er sich heraus. Schon in wenigen Monaten wolle er aber eine neue Linienführung präsentieren.

«Das Herzstück ist auf Kurs», versichert Dieterle auf Nachfrage der *Weltwoche*. In Wahrheit droht dem Projekt vielmehr der Herzinfarkt. Bis dieser eintritt, holt Dieterle wohl noch einige Zeit lang sein Edellobbysten-Honorar auf Kosten von Basels Steuerzahlern ab – um sich dann in den längst verdienten Ruhestand zu verabschieden.



Rudolf Dieterle.